

**TE OGH 2009/11/24 11Os142/09f**

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 24.11.2009

## Kopf

Der Oberste Gerichtshof hat am 24. November 2009 durch den Senatspräsidenten des Obersten Gerichtshofs Dr. Zehetner als Vorsitzenden sowie die Hofräte des Obersten Gerichtshofs Hon.-Prof. Dr. Kirchbacher, Dr. Schwab, Mag. Lendl und Dr. Bachner-Foregger als weitere Richter, in Gegenwart der Richteramtsanwärterin Dr. Kurz als Schriftführerin, in der Strafsache gegen Jürgen S\*\*\*\*\* und andere wegen § 206 Abs 1 StGB und anderer strafbarer Handlungen über den Antrag des Josef K\*\*\*\*\* auf Erneuerung des Strafverfahrens gemäß § 363a Abs 1 StPO in Bezug auf den Beschluss des Landesgerichts Korneuburg vom 11. August 2009 (AZ 901 BI 26/09k) nach Anhörung der Generalprokuratur in nichtöffentlicher Sitzung den Beschluss

gefasst:

## Spruch

Der Antrag wird zurückgewiesen.

## Text

Gründe:

Mit Beschluss des Landesgerichts Korneuburg als Drei-Richter-Senat vom 11. August 2009, AZ 901 BI 26/09k, wurde der Antrag des Anzeigers Josef K\*\*\*\*\* auf Fortführung des von der Staatsanwaltschaft Korneuburg am 26. März 2009 eingestellten Ermittlungsverfahrens gegen Jürgen S\*\*\*\*\* wegen § 206 Abs 1 StGB, Andrea K\*\*\*\*\*, Dr. Rudolph P\*\*\*\*\* und einen unbekannten Täter (Verantwortlicher der Kinderschutzgruppe des Krankenhauses M\*\*\*\*\*) wegen §§ 302 Abs 1, 12 StGB, gegen Dr. Gabriele F\*\*\*\*\* wegen §§ 288 Abs 1, 299 Abs 1 StGB und gegen Dr. R\*\*\*\*\* D\*\*\*\*\* und Dr. N\*\*\*\*\* Sa\*\*\*\*\* wegen § 299 Abs 1 StGB abgewiesen.

Josef K\*\*\*\*\* begehrt mit einem von ihm persönlich beim Obersten Gerichtshof eingebrachten Antrag die Verfahrenserneuerung nach § 363a StPO, weil er in den Grundrechten des Art 3 und Art 6 MRK beeinträchtigt worden sei.

## Rechtliche Beurteilung

Er ist nicht antragslegitimiert, weil aus § 363b Abs 2 Z 1 StPO folgt, dass nicht von einem Verteidiger unterschriebene Anträge bereits bei nichtöffentlicher Beratung zurückgewiesen werden können (vgl 13 Os 162/07h). Verteidiger schreiten nach der Legaldefinition des § 48 Abs 1 Z 4 StPO jeweils für Beschuldigte sowie für Angeklagte und Betroffene im Verfahren nach § 21 Abs 1 StGB (§ 48 Abs 2 StPO), nicht aber für Anzeiger oder Opfer einer Straftat ein. Der Antrag auf Erneuerung des Strafverfahrens war somit - in Übereinstimmung mit der Stellungnahme der Generalprokuratur - bereits bei nichtöffentlicher Beratung zurückzuweisen (§ 363b Abs 2 Z 2 StPO).

## Anmerkung

E9261111Os142.09f

### European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2009:0110OS00142.09F.1124.000

### Zuletzt aktualisiert am

21.01.2010

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)